

Arbeit der Werktätigen längst über Bord geworfen haben, sind dafür. Wo bleibt da das im Grundgesetz viel gepriesene Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, ein Recht, das ohnehin nur Schall und Rauch bleibt, weil es weder eine politische noch eine materielle Grundlage hat?

Das Profitstreben des Kapitals zwang die Arbeiterklasse seit eh und je, stets um ihre elementarsten Grundrechte zu kämpfen. Sie mußte viele Opfer bringen und die Reaktion zwingen, das Recht auf Arbeit gesetzlich zu verankern. Doch auch das Verfassungspapier der Weimarer Republik allein vermochte nicht, das Recht auf Arbeit zu garantieren, weil die Machtverhältnisse nach 1919 die alten geblieben waren.

Die Herrschaft einer kapitalistischen Ausbeuterklasse war und ist niemals in der Lage, allen Bürgern soziale Sicherheit zu gewährleisten. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika sind dafür ein treffender Beweis. Hier leben zehn Prozent der Bevölkerung von Wohlfahrtszahlungen. Die Zahl der Arbeitslosen nähert sich,

trotz Rüstungskonjunktur, der 3-Millionen-Grenze. 8,3 Millionen Familien und 6,2 Millionen Einzelpersonen haben Einkommen, die als an der Grenze der Armut liegend gewertet werden. Die amerikanische Statistik erklärt, daß von den 30 Millionen Einwohnern der Südstaaten sich zwei Drittel nicht ausreichend ernähren können.

Auch das von den USA stark abhängige Lateinamerika gehört trotz seiner ungeheuren natürlichen Reichtümer zu den drei großen Zonen des Hungers in der Welt. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines eingeborenen Südafrikaners beträgt 36,4 Jahre, das eines dort lebenden Europäers der herrschenden Klasse 66 Jahre. An jedem Tag sterben heute in der Welt 110 000 Menschen den Hungertod, in jedem Jahr 40 Millionen.

Diese unvollständige, aber erschütternde Bilanz, gehört zur Visitenkarte imperialistischer Herrschaft. Sie zeigt, was es für die Werktätigen bedeutet, wenn das Grundrecht auf Arbeit, wie in unserer Republik, gesetzlich verankert und gesichert ist.

## KPD zeigt einzig mögliche Alternative

Die jetzt immer sichtbarer werdende krisenhafte Entwicklung des Bonner Systems läßt in Westdeutschland die Forderung nach Recht auf Arbeit ständig lauter werden. Vergebens suchen die herrschenden Kreise den westdeutschen Werktätigen glaubhaft zu machen, daß es bisher kein Staat und keine Verfassung vermochten, Gewähr für das Recht auf Arbeit zu leisten. Sie verweisen dabei auf „objektive Schranken wirtschaftlicher Macht, die der beste Wille nicht überspringen könne“. Sie können und wollen nicht ein-

gestehen, daß es sogar einen deutschen Staat, die DDR, gibt, in dem das Recht auf Arbeit und andere grundlegende Lebensrechte der Werktätigen verfassungsmäßig verankert, garantiert und verwirklicht sind. Sie möchten den Werktätigen die Wahrheit vorenthalten, daß es in Westdeutschland selbst eine Kraft gibt, die in der Lage ist, die angeblich objektiven Schranken wirtschaftlicher Macht durch den geeinten Willen des Volkes Schritt um Schritt zu überwinden.

Die Kommunistische Partei

Deutschlands weist im Entwurf ihres Programms die einzig mögliche Alternative, zeigt den Weg, der auch das Volk der Bundesrepublik zu Frieden und Wohlstand, zu einer gesicherten Zukunft führt. Dieses Programm fordert nicht nur, jedem Bürger das elementare Menschenrecht auf Arbeit zu sichern. Es entschleierte auch das Trugbild angeblich objektiver Schranken wirtschaftlicher Macht und stellt fest: Wenn die Milliarden, die jetzt für eine sinnlose Rüstung vergeudet werden, für sinnvolle Investitionen verwendet würden, so entstünden für jeden Arbeitsplatz der Rüstungsproduktion nahezu zwei Arbeitsplätze in der Friedenswirtschaft.

Aber die Rüstungsproduktion sichert die Profite der Monopole. Ihrer Macht steht die Politik der KPD entgegen, eine Politik für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte, für soziale Sicherheit und für Frieden. Auf die einzig mögliche Alternative, diese Macht zurückzudrängen, weist auch der offene Brief unseres ZK an die Arbeiter und Angestellten, die Geistes-schaffenden, die Bauern und Gewerbetreibenden, die Frauen und die Jugend in der Bundesrepublik hin. Diese Alternative besteht darin, daß die Werktätigen der Bundesrepublik das Steuer selbst in die Hand nehmen und eine wirklich demokratische, dem Frieden dienende Politik durchsetzen, bevor es wieder einmal zu spät ist.

Wir sollten der westdeutschen Bevölkerung helfen zu erkennen, welche große fortschrittliche Bedeutung die Entwicklung unserer Republik für die Zukunft ganz Deutschlands hat, daß das Recht der Werktätigen nur dort gesichert ist, wo sie auch die Macht ausüben.

Therese Voigt